

Landkreis Wittmund
Der Landrat



Am Markt 9, 26409 Wittmund
Postfach 13 55, 26400 Wittmund

Öffnungszeiten:
Mo - Fr. 08.30 - 12.30 Uhr
Do 14.15 - 15.45 Uhr

Landkreis Wittmund - Postfach 13 55 - 26400 Wittmund

Firma
Christian Siebels & Co. GmbH
Wallster Postweg 6

26607 Aurich

Datum: 29.10.2001
Dienststelle: Bauamt
- untere Wasserbehörde -
Verw.-Geb.: III, Schloßstr. 9
Sachbearb.: Herr Janssen, Herr Coordes
Zimmer-Nr.: 206 + 203
Tel.-Durchwahl: 04462/86-12 92 + 86-12 88
Tel.-Vermittlung: 04462/86-01
Telefax: 04462/86-1125
eMail: bauamt@lk.wittmund.de

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen

Meine Nachricht vom

61/7

Bodenabbaustätte Ardorf der Firma Siebels

Sehr geehrter Herr Siebels,

in der o.a. Angelegenheit übersende ich den Gesprächsvermerk vom 19. Oktober 2001 wie vereinbart zur Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrage:

(Janssen)

Vermerk:

Angelegenheit Bodenabbau Siebels in Ardorf

Besprechung am 19. Oktober 2001 beim Landkreis Wittmund, Besprechungszimmer im Bauamt

Teilnehmer: Herr Siebels
Herr Dr. Wagner
Herr Rechtsanwalt Winterhoff
Herr Coordes
Unterzeichner

Da in der Angelegenheit Siebels mehrere Sachen zu besprechen waren und diese nicht schriftlich mitgeteilt werden sollten, hatte sich die untere Wasserbehörde des Landkreises Wittmund für einen Besprechungstermin entschieden. Der Termin wurde im Vorfeld mit Herrn Siebels abgesprochen.

Herr Coordes bedankte sich zunächst bei den Anwesenden für die Teilnahme an diesem Termin. Er gab dann einen kurzen Abriss über die Angelegenheit Siebels. Insbesondere ging er dabei darauf ein, dass vorrangig der strittige Punkt der Böschungsneigungen immer noch nicht geklärt sei. Das in der Sache erstellte erste Gutachten von Herrn Dr. Wagner wurde vom Landkreis dem Niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung zur Prüfung vorgelegt. Das Niedersächsische Landesamt wäre letztendlich zu der Auffassung gekommen, dass man an den vorgegebenen Böschungsneigungen 1:5 festhalten müsse. Das daraufhin erstellte Gutachten von Herrn Dr. Gerhard liege mittlerweile auch vor. Dieses hätte man aber noch nicht dem NLfB weitergegeben. In dem jetzigen Termin solle besprochen und verhandelt werden, wie man in der Sache am besten vorankommen könne. Herr Coordes gibt noch den Hinweis, dass das NLfB für die Prüfung der Gutachten Kosten erhebt. Wegen der Prüfungskosten stehe im übrigen noch eine Rechnung des NLfB offen, die vom Landkreis bislang nicht bezahlt worden wäre. Seitens des Landkreises hätte man dem NLfB von vornherein einen Kostenrahmen aufgegeben. Letztendlich wären die Kosten, falls Herr Siebels in dem Rechtsstreit unterliegt, auch von ihm zu tragen. Herr Coordes macht zudem deutlich, dass man aus Sicht des Landkreises absolut keinen Wert auf einen Rechtsstreit legen würde und man daher versuche, zu einer einvernehmlichen außergerichtlichen Klärung zu finden. Mittlerweile sei allerdings mit den verschiedensten Gutachten ein Stand erreicht, an dem man die akademische Diskussionen zwischen den Fachleuten in Person der Gutachter und des NLfB beenden sollte.

Danach erläuterte der Unterzeichner den Vorgang aus rechtlicher Sicht. Status quo sei, dass gegen den Bescheid des Landkreises vom 02.06.1999 ein Rechtsmittel

nicht eingelegt wurde. Wohl aber wurde ein Rechtsmittel gegen den Bescheid vom 15.11.1999, wo es vorrangig um die in Rede stehenden Böschungsneigungen gehe, eingelegt. Hier habe man zur Zeit ein schwebendes Verfahren. Als nächster Schritt stünde hier vom Grunde her die Abgabe des Widerspruches an die Widerspruchsbehörde, nämlich der Bezirksregierung an. Daneben erläuterte der Unterzeichner, dass seitens der Partei Siebels immer noch die Möglichkeit bestehe, beim Verwaltungsgericht Oldenburg vorläufigen Rechtsschutz zu beantragen, weil mit der Verfügung vom 15.11.1999 die sofortige Vollziehung der aufgegebenen Maßnahmen angeordnet wurde. Ein solcher Antrag wurde bislang nicht gestellt. Herr Winterhoff als Rechtsvertreter des Herrn Siebels führt an dieser Stelle aus, dass auf ein großes und langwieriges Verfahren vor den Gerichten absolut kein Wert gelegt wird. Vielmehr will er zunächst durch die Argumente aus den Gutachten von Herrn Dr. Wagner und Dr. Gerhard überzeugen und erreichen, dass die angegriffene Verfügung durch den Landkreis hinsichtlich der Böschungsneigungen modifiziert wird.

Danach erläutert Herr Dr. Wagner sein Gutachten und auch das von Herrn Dr. Gerhard. Er stellt fest, dass diese Gutachten belegen, dass die Forderungen des NLfB aus fachlicher Sicht absolut nicht haltbar sind.

Herr Coordes wirft hierzu ein, dass es sich bei den zu behandelnden Themen um derart spezielles, wissenschaftliches Fachwissen handelt, dass selbstverständlich beim Landkreis kein qualifiziertes Fachpersonal zur Beurteilung zur Verfügung steht. Wie Herr Dr. Wagner selbst ausführte, handelt es sich nicht um lehrbuchmäßige Berechnungen, sondern um Ermittlungen aus konkreten Versuchen und Berechnungsmodellen. Deshalb bleibt dem Landkreis auch kein anderer Weg, als die vorgelegten Gutachten der vorgesetzten Fachbehörde vorzulegen. Der Landkreis kann sich mithin in rein fachlicher Hinsicht einzig und allein nur der Auffassung des NLfB anschließen.

Herr Siebels gibt zu Bedenken, dass er bislang schon sehr viel Geld für die erstellten Gutachten ausgegeben hätte. Er wäre davon ausgegangen, dass diese Gutachten als Nachweise jetzt ausreichen würden und die Auffassung des NLfB damit widerlegt sei.

Herr Coordes unterbreitet sodann den Vorschlag, dass es in dieser speziellen Sache angebracht wäre, wenn Herr Dr. Wagner und Herr Dr. Gerhard sich einen Termin beim NLfB geben lassen und dort die Sache unter Fachleuten besprechen und diskutieren.

Herr Coordes und Unterzeichner gehen dann nochmals darauf ein, dass der Landkreis von seiner bisherigen Auffassung nicht abrücken kann, weil das NLfB laut Stellungnahme eine **gerichts feste Überprüfung** vorgenommen hat. Es ist müßig darüber zu diskutieren, ob der Landkreis sich über diese fachlich qualifizierte Stellungnahme hinwegsetzen kann.

Herr Dr. Wagner geht dann nochmals auf die Qualifikation von Herrn Dr. Gerhard ein und das sein Gutachten die Auffassung des NLfB quasi aushebeln würde.

Es wird dann das weitere Vorgehen in dieser Angelegenheit diskutiert. Herr Siebels als Abbauunternehmer möchte gerne, dass ein Gespräch beim NLfB stattfindet. Mit der Organisation und Durchführung des Termins beauftragt er noch im Termin Herrn Dr. Wagner.

Seitens des Landkreises wird für die Durchführung des Gespräches eine Frist bis zum **31. Dezember des Jahres** eingeräumt. Je nachdem, was in diesem Gespräch erreicht wird, ist dann weiter zu verfahren. Sollte das NLfB an ihrer jetzigen Auffassung festhalten, würde seitens der Partei Siebels dann wahrscheinlich ein Antrag beim Verwaltungsgericht auf vorläufigen Rechtsschutz gestellt werden; so Herr Rechtsanwalt Winterhoff. Gleichzeitig würde dann der hier vorgelegte Widerspruch der Bezirksregierung zur Entscheidung vorgelegt werden müssen.

Nachdem dieses soweit abgehandelt ist, geht Herr Coordes dann noch einmal kurz auf einige detaillierte Ausführungen aus dem Gutachten des Herrn Dr. Gerhard ein. Unter Nr. 4 (Nachweis der Standsicherheit des Nordufers) empfiehlt Herr Dr. Gerhard, die Böschung abzuflachen und die Uferlinie um ca. sechs Meter landeinwärts (gemeint ist wohl „in den See hinein“) zu verschieben. Hierdurch wird erreicht, dass eine Sicherheit von 1,4 (Mindestwert nach DIN) erreicht wird.

Hierzu sagt Herr Siebels, dass dies überhaupt kein Problem sei. Herr Siebels will einen weiteren Streifen auf einer Breite von zehn Metern am Nordufer verfüllen. Hiermit kann auch demnächst schon begonnen werden.

Sodann geht Herr Coordes auf die Forderungen aus den Verfügungen des Landkreises ein. Hier fragt er zunächst Herrn Siebels, inwieweit die Verfüllung der Südwestecke fortgeschritten ist. Herr Siebels sagt, dass hier auf einer Breite von ca. fünf Metern verfüllt wurde. Die weiteren Verfüllungen sollen sukzessive abgearbeitet werden. Herr Siebels sieht dies auch nicht als so dramatisch an, weil Abbautätigkeiten nur in begrenztem Maße getätigt wurden. So wurden im Mai und August des Jahres 2001 jeweils ca. 15.000 m³ abgebaut. Sobald die Restverfüllung erfolgt ist, wird hierzu auch eine Stellungnahme von Herrn Dr. Wagner nach vorher durchgeführten Messungen abgegeben.

Die aus der ersten Verfügung geforderte Planung einer Wasserflächengestaltung nach technischen und ökologischen Anforderungen soll von dem Planer Herrn Dr. Oppermann zusammen mit den Planunterlagen bezüglich der geplanten Erweiterung der Abbautätte vorgelegt werden.

Wegen der Durchführung der Wasserstandsmessungen erläutert Herr Siebels, dass er hiermit das Ingenieurbüro Dr. Mustafa entsprechend beauftragt hätte. Herr Siebels geht davon aus, dass Herr Dr. Mustafa die entsprechenden Messungen auch durchführt. Er will sich mit ihm in Verbindung setzen, damit die Messergebnisse der Wasserbehörde vorgelegt werden. Herr Coordes sagt zu diesem Thema, dass man sich sicherlich auch auf eine vierteljährliche Vorlage der Messergebnisse einigen könne, bisher allerdings leider noch überhaupt keine Messergebnisse vorliegen.

Zur letzten Frage, nämlich einer etwaig geplanten Erweiterung der Sandabbautätte durch Herrn Siebels sagt dieser, dass zunächst abgewartet werden soll, wie das

Ergebnis der geplanten Besprechung beim NLfB hinsichtlich der jetzt bestehenden Abbaustätte sei.

Es wird vereinbart, dass alle Beteiligten von dieser Niederschrift jeweils eine Durchschrift erhalten.

Herr Siebels bedankt sich nochmals ausdrücklich für den durchgeführten Termin und hofft, dass die Angelegenheit einvernehmlich und vor allem ohne großes Gerichtsverfahren erledigt werden kann. Dieser Auffassung schließen sich die weiteren Teilnehmer an.

gez.:

(Janssen)